

PLENUM 2023



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Koalitionsausschuss: Neues Tempo für Deutschland

MARTINA STAMM-FIBICH:

Gegen den Fachkräftemangel

CARSTEN TRÄGER:

Weltwassertag: Nationale Wasserstrategie beschlossen

GABRIELA HEINRICH:

Die Bundeswehr geht, ziviles Engagement kommt

JAN PLOBNER:

Neue Gesetze verschärfen Druck auf queere Menschen

Koalitionsausschuss: Neues Tempo für Deutschland

Wir treiben die Modernisierung von Schiene, Straße, Energienetzen und den Ausbau der erneuerbaren Energien voran. Schnellere Genehmigungsverfahren.

Die Spitzenpolitiker der drei Regierungsfractionen haben sich in einer Marathonsitzung des Koalitionsausschusses geeinigt. Ergebnis der Sitzung sind wichtige Punkte für ein neues Tempo in Deutschland. Wir treiben die Modernisierung von Schienen, Straßen, Energienetzen und den Ausbau der erneuerbaren Energien voran. Planung und Genehmigung werden künftig schneller gehen. Und wir sorgen dafür, dass auch der Natur- und Artenschutz bei allen Beschleunigungsmaßnahmen besser berücksichtigt wird. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Versprechen zu halten, die wir bei der Verabschiedung des Koalitionsvertrages 2021 gegeben haben.

Klimaneutral bis 2045

- Künftig wird die Bundesregierung bereits im ersten Jahr einer Legislaturperiode ein umfassendes, sektorübergreifendes Klimaschutzprogramm beschließen.
- Die Sektorziele werden beibehalten. Die Bundesregierung legt ein jährliches Monitoring der Emissionsentwicklung vor.
- Wir richten den Blick nach vorn: Um Kurs zu halten, betrachten wir nicht nur die Vorjahresemissionen, sondern auch die Prognose für die zukünftige Emissionsentwicklung.



Die Parteichefs der Koalitionsparteien (v.l.): Christian Lindner (FDP), Ricarda Lang (Grüne) und Lars Klingbeil (SPD) nach dem Koalitionsausschuss. (Foto: picture alliance/dpa)

Mehr Tempo bei erneuerbaren Energien

- Wir stellen kurzfristig zusätzliche Flächen für Windkraft an Land bereit. Dazu erweitern wir den Handlungsspielraum der Kommunen und Bundesländer bei der Flächenausweisung.
- Wir erleichtern den Ausbau von erneuerbaren Energien an Autobahnen und Schienen.
- Unternehmen können in Zukunft ihren benötigten erneuerbaren Strom mit Windkraftanlagen künftig einfach selbst auf benachbarten Grundstücken erzeugen.

Mehr Tempo beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

- Wir erhöhen die Kapazitäten im Schienennetz für den Personen- und Güterverkehr. Schienenstrecken werden schneller neu- und ausgebaut. Die Digitalisierung des Bahnsystems wird massiv beschleunigt. Damit wird auch der Deutschlandtakt vorangebracht.
- Bei Bundesfernstraßen werden künftig marode Brücken deutlich schneller erneuert, indem die Umweltverträglichkeitsprüfung entfällt. Das gilt auch für eine mögliche Kapazitätserweiterung.

Alle Ergebnisse des Koalitionsausschusses können unter diesem Link nachgelesen werden: www.spdfraktion.de/themen/mehr-tempo-deutschland.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 [facebook.com/martina.stammfibich](https://www.facebook.com/martina.stammfibich)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Gegen den Fachkräftemangel

Endlich kommen das Fachkräfteeinwanderungs- und Weiterbildungsgesetz.

Wer behandelt Sie im Krankenhaus? Wer baut neue Windräder und installiert Solaranlagen? Wer repariert das Dach in der Kita? Wer betreut die Kinder? Unsere Bevölkerung altert. Die demographische Entwicklung verstärkt den Fachkräftemangel in Deutschland massiv. Im Durchschnitt sind Stellen für Fachkräfte heutzutage fast fünf Monate lang unbesetzt. 2013 waren es noch drei Monate.

Um dieses wachsende Problem zu lösen, brauchen wir Einwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte und mehr Weiterbildung für inländische Arbeitskräfte. Deshalb bringen wir gleich zwei Maßnahmen auf den Weg: das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und das Weiterbildungsgesetz.

Die Reform des Einwanderungsrechts ist dringend notwendig und gibt Menschen aus anderen Ländern, die in Deutschland arbeiten, studieren oder eine Berufsausbildung machen wol-

len, eine sichere Perspektive. Entscheidend sind die Qualifikation, die Erfahrung oder das Potenzial. Beruflich qualifizierten Menschen wird die Einwanderung somit einfacher gemacht. Ein weiterer Weg führt über die Berufserfahrung in den Herkunftsländern der ArbeitnehmerInnen. Menschen ohne Arbeitsvertrag in Deutschland können durch eine Chancenkarte mit Punktesystem bereits Probe arbeiten und einer Nebenbeschäftigung nachgehen.

Das Weiterbildungsgesetz hingegen bietet eine Ausbildungsgarantie und ein neues Qualifizierungsgeld. Die Ausbildungsgarantie bietet eine bessere Beratung, Vermittlung und Unterstützung von jungen Menschen. Durch das Qualifizierungsgeld unterstützen wir Menschen bei der Weiterbildung, wenn ihre alten Jobs von Transformation durch die Anpassung an Digitalisierung oder Klimaschutz gefährdet sind.



Deutschland braucht mehr gut ausgebildete Fachkräfte für die Zukunft.

Ich bin froh, dass wir nach langem Stillstand diese Reformen angehen. Wir möchten damit erreichen, dass Deutschland zum modernen Einwanderungsland und zur Weiterbildungsrepublik wird. Als Sozialdemokraten werden wir dafür sorgen, dass alles sozialverträglich passiert.

Debatte um Frühchenstationen

Stellen sie sich vor ihr Kind muss als Frühgeburt auf die Welt kommen. Für was würden Sie sich entscheiden? Eine kürzere Fahrzeit zum Krankenhaus oder eine bessere Versorgung für Ihr Kind in einer Spezialklinik? Genau diese Frage haben wir diese Woche im Petitionsausschuss öffentlich diskutiert.

Kurz zum Hintergrund: Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat

für das Jahr 2020 eine neue Mindestfallzahl von 25 extrem Frühgeborenen unter 1250 Gramm für Kliniken festgelegt. Wer diese Fallzahl nicht erreicht, darf keine Frühchen mehr versorgen oder muss sie notfallmäßig verlegen. Auch einzelne Stationen müssten unter diesen Umständen schließen.

Die Petentin forderte in ihrer Eingabe die Abschaffung der Mindestfallzahl von 25 Frühgeborenen. Aus meiner

Sicht spricht jedoch vieles für diese Regelung. Studien zeigen, dass Kliniken mit höheren Fallzahlen und mehr Expertise extrem Frühgeborene besser versorgen können. Dadurch sinkt die Sterblichkeit der Kinder.

Für mich zählt die nachgewiesene Verbesserung des Kindeswohls. Deshalb halte ich die Entscheidung des G-BA in dieser sehr kontrovers und emotional geführten Debatte für richtig.



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Weltwassertag: Nationale Wasserstrategie beschlossen

Pünktlich vor dem Weltwassertag hat das Bundeskabinett die Nationale Wasserstrategie verabschiedet. Angesichts der Klimaveränderungen und zunehmenden Trockenheit brauchen wir ein modernes Wassermanagement. In Fürth war dies auch bei einer Veranstaltung der Stadtentwässerung StEF Thema.

Wasser ist die Grundlage allen Lebens und eine unersetzliche Ressource für Natur und Menschen. Im Alltag ist uns häufig gar nicht bewusst, was für ein kostbares Gut es ist. Aber unsere Wasserressourcen geraten zunehmend unter Druck. Gerade hier in unserem traditionell trockenen Franken müssen wir sorgsam mit unseren Wasservorräten umgehen und in vielen Bereichen umdenken.

Die Nationale Wasserstrategie sieht 80 Maßnahmen bis zum Jahr 2030 vor. Geplant ist ein Mix von Regelungen, staatlicher Förderung, Wissensaufbau und Dialog. Die Strategie erfasst alle Sektoren und soll gemeinsam von staatlichen Akteuren, der Wasserwirtschaft und allen wassernutzenden Wirtschaftsbereichen und Gruppen umgesetzt werden.

Mit den Maßnahmen wird die Prognosefähigkeit gestärkt, um genauer vorherzusagen, wo Wasser in Zukunft verfügbar ist und gebraucht wird. Leitlinien für den Umgang mit Wasserknappheiten sollen sicherstellen, dass jederzeit ausreichende, möglichst ortsnahe Ressourcen für die Trinkwasserversorgung vorhanden sind. Gemeinsam mit Kommunen und Fachverbänden erstellen Bundesregierung und Länder ein Konzept für eine gewässersensible Stadtentwicklung



Auf dem hochkarätig besetzten Podium diskutierte ich moderiert von Julian Pecher (m.) mit Sven Vogt von der Stadtentwässerung Fürth, der Fürther Stadtbaurätin Christine Lippert und Prof. Dr. Alexander Weideler von der TH Nürnberg (v.l.) über die Potentiale, die in unserem Abwasser stecken.

(„Schwammstadt“). Kommunen und Länder sollen Gefahren- und Risikokarten für Starkregen erstellen und bei der Bauplanung berücksichtigen. Flächen wie Wälder und Überschwemmungsgebiete, die größere Mengen Wasser aufnehmen und speichern können, werden besonders geschützt.

Wichtige Bausteine für einen nachhaltigen Umgang mit unseren Wasservorräten sind das Recycling und die Nutzung unseres Abwassers. Dieses Thema stand auch bei einer großen Veranstaltung der Fürther Stadtentwässerung StEF im Zentrum. Auf dem Podium konnte ich mit der Stadtbaurätin Christine Lippert und verschiedenen

Expertinnen und Experten verschiedene Möglichkeiten diskutieren. Die StEF geht engagiert voran: Es geht nicht mehr um Behandlung und Entsorgung, sondern um Wiederverwendung, Wiederaufbereitung und Rückgewinnung. Die Wasserstrategie stärkt diese Anstrengungen: So soll zum Beispiel die Grauwassernutzung vor allem im urbanen Raum verstärkt werden. Nach entsprechenden Standards ökologisch und hygienisch aufbereitetes Abwasser kann etwa zur Bewässerung oder als Brauchwasser dienen. Und Stoffe im Abwasser können auch Rohstoffe sein, die im Kreislauf genutzt werden können. Auch in dieser Herausforderung liegen am Ende viele Chancen!



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Die Bundeswehr geht, ziviles Engagement kommt

Die Bundeswehr wird 2024 die MINUSMA-Mission der Vereinten Nationen in Mali verlassen. Aber es wird nicht wieder wie in Afghanistan. Dafür sorgt ein abgestimmtes Vorgehen für Sicherheit und Entwicklung.

Mali ist ein schwieriges Land. Die ganze Region, der Sahel, ist kompliziert. Schwache oder fragile Staaten können eine unübersichtliche Anzahl von Akteuren, die zum Teil bewaffnet sind, nicht kontrollieren. Die Region gilt mittlerweile als eine Art Epizentrum für gewalttätigen islamischen Terrorismus. Die Vereinten Nationen stabilisieren Mali mit der Mission MINUSMA. Aber es knirscht zwischen der malischen Militärregierung und der internationalen Gemeinschaft. Wir werden die Bundeswehr geordnet aus Mali abziehen, im besten Fall, wenn dort Wahlen stattgefunden haben (geplant für Februar 2024).

Die Bundesregierung und wir im Bundestag haben immer gesagt: Es dürfen keine Leerstellen entstehen, die dann von bewaffneten Gruppen gefüllt werden. Am besten wäre es, die Afrikanische Union (AU) würde ein robustes Mandat im Sahel übernehmen. Dafür muss die AU von der internationalen Gemeinschaft finanziell unterstützt werden. Und so ein robustes Mandat ist die Voraussetzung dafür, dass wir weiterhin mit Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit etwas verbessern können.

Und das wollen wir! Im Entwicklungsministerium wird eine Strategie für die gesamte Region erarbeitet. Denn

Mauretanien, Burkina Faso, Niger und Tschad kämpfen mit den gleichen Problemen wie Mali. Eine Studie, die die Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt hat, zeigt deutlich: Die Menschen sehnen sich nach Stabilität und Sicherheit. Und möchten aus ihrer Perspektivlosigkeit herauskommen.

Die Ursachen für die Krisen sind so kompliziert, dass das alles nicht schnell gehen wird. „Strategische Geduld“ ist gefragt. Eine „Sahel-Plus-Initiative“ braucht Engagement in folgenden Bereichen:

- Den Sahel und die Anrainerstaaten zusammendenken
- Jobs für eine junge Bevölkerung
- Sichere Lebensperspektiven vor allem für vulnerable Gruppen

Ganz wichtig ist, dass wir Ergebnisse einfordern. Das gilt insbesondere für die dortigen Regierungen. Zum Beispiel lassen wir in Mali nicht locker, damit endlich Wahlen stattfinden. Und wir handeln nicht isoliert. Zusammen mit starken Partnern (andere Geberländer, EU, Welternährungsprogramm, Weltbank, Afrikanische Ent-



Entwicklungsministerin Svenja Schulze mit dem Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich F: Per Jacob Blut/Framerei)

wicklungsbank) wollen wir nachhaltige Partnerschaften mit den Sahel-Ländern eingehen.

Russland sichert sich Einfluss und kämpft mit – zum Beispiel mit Wagner-Söldnern. China baut Infrastruktur und macht oft die afrikanischen Länder abhängig. Beide Länder scheren sich nicht um die Menschenrechte. Es ist höchste Zeit für nachhaltige Partnerschaften, von denen die Menschen in den Sahel-Ländern wirklich etwas haben und die Stabilität in die Region bringen.



Neue Gesetze verschärfen Druck auf queere Menschen

Queere Menschen geraten weltweit unter Druck. Im allgemeinen Diskurs kommen davon in jedem Fall zwei Länder mit erheblicher Verschlechterung vor.

In Ungarn werden Gesetze gegen queere Menschen nach russischem Vorbild immer weiter verschärft und der gesellschaftliche Hass befeuert. In Uganda hat das Parlament eine Gesetzesverschärfung verabschiedet, mit der nicht nur queere Menschen mit mehrjährigen Haftstrafen und in „besonders schweren Fällen“ sogar mit dem Tod bedroht werden.

Die Neuregelung richtet sich auch gegen all jene, die queere Menschen „unterstützen“. Wer also beispielsweise queeren Menschen Rechtsbeistand leistet oder sie nicht den Sicherheitsbehörden ausliefert, kann dafür verurteilt werden. Bei derartigen Entwicklungen stellt sich natürlich die Frage, wie man sinnvoll darauf reagieren kann.

In vielen Ländern der Welt nutzen nationalistische und rechtsextreme Kräfte den Hass gegen queere Menschen und andere marginalisierte Gruppen, um Konflikte zu schüren. Die Narrative, mit denen dieser Hass geschürt wird, sind vergleichbar. Eines lautet etwa: Queerness sei eine Erfindung des Westens (oder wahlweise auch einer „woken Berliner Bubble“), die die eigenen Traditionen untergräbt.

Queere Menschen werden also als eine Erfindung diffamiert, und als Erfindung irgendeiner imaginierten Elite.

Dass bei dieser Globalismus-Erzählung („geheime Weltelite unterwandert Staaten und Gesellschaften“) immer auch antisemitische Untertöne mitschwingen, sei hier nur am Rande erwähnt.

An dieser Stelle sei der Fokus auf die Verdrehung der Tatsachen und die Negierung von Menschen zu politischen Zwecken gerichtet: Queere Menschen hat es immer und überall gegeben. Ebenso, wie es immer und überall Menschen mit roten Haaren oder braunen Augen geben wird. Aber als politische Strategie ist es natürlich effektiv, gegen Menschen mit roten Haaren Stimmung zu machen, auf das sie gehasst und verbrannt werden.

So bekommt die Masse ein Feindbild, die Entrüstung der Menschen bekommt eine Richtung und die hetzende politische Kraft kann sich als Retter vom Elend inszenieren.

Wie aber reagiert man nun klug auf eine solche Strategie? Wie setzt man sich für die verfolgten queeren Menschen ein, ohne die Erzählung der Hetzenden weiter zu befeuern? Es gibt Menschen, die jede Kritik an diesen Entwicklungen scheuen, um nicht das Narrativ des Westens weiter zu befeuern, der sich in die Traditionen anderer Länder einmischt. Andere Menschen pochen auf die Einhaltung

der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die praktisch alle Staaten dieser Welt ratifiziert haben.

Dabei scheinen doch beide Ansätze ein wenig hilflos. Mit Zurückhaltung lässt man nationalistischen Kräften erstrecht freie Hand und mit einem allgemeinen Verweis auf die Menschenrechte ist den Menschen vor Ort auch wenig geholfen.

Es muss also bei einer politischen Antwort immer darum gehen, eben jenen negierten Menschen eine Stimme und einen Raum zu bieten, in dem sie sich artikulieren können. Es muss darum gehen, Menschen aktiv in den weltweiten Diskurs einzubinden, die von der heimischen Regierung (mund)tot gemacht werden.

Der Politikwissenschaftler Rainer Forst hat es „the right to justification“ genannt, also in etwa „das Recht, sich am Diskurs zu beteiligen“.

Stellen wir uns also einmal vor, die Außenministerin lädt queere Menschen aus Uganda zur Generalversammlung der Vereinten Nationen ein und lässt sie dort von queeren Traditionen in Uganda sprechen. Wie klein würden in diesem Moment die Machthaber im Saal aussehen, die diese Traditionen und diese Menschen ihrem politischen Kalkül opfern wollen?